

„Beendet alle Komplizenschaft, Stoppt die Bewaffnung Israels!“

(Aufruf der palästinensischen Gewerkschaften, bereits im Oktober 2023)

Die deutsche Komplizenschaft

"Wir haben Waffen geliefert und wir werden Waffen liefern".

Das sagte der damalige Kanzler **Scholz** im Oktober 2024 im Bundestag.

Zuvor hatte der jetzige Kanzler **Merz** massive Waffenlieferungen an Israel für deren Einsatz in Gaza gefordert.

<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20191.pdf> (Seiten 24786 und 24796)

Gegen Deutschland läuft ein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord.

Deutschland behauptete zwar, es würde gar keine Waffen liefern.

Doch: ***„Seit dem 7. Oktober (bis Mai 2025 wurden) Waffenexporte im Wert von 485 Millionen Euro nach Israel genehmigt.“***

Und inzwischen wurde durch interne Dokumente des Verteidigungsministeriums bekannt:

"Die Aussage Deutschlands vor dem Internationalen Gerichtshof wurde in Absprache mit Israel getätigt."

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240430-sum-01-00-en.pdf> ;
<https://www.dropsitenews.com/p/exclusive-germany-coordinated-icj-testimony-israel-arms-genocide> ; <https://taz.de/Ruestungsexporte-nach-Israel/!6088528/> ;

Deutschland ist der zweitgrößte Waffenlieferant für Israel nach den USA. Kaum war ein „Waffenstillstand“ in Gaza in Kraft, der mittlerweile hunderte Male von Israel verletzt wurde, vermeldet die Deutsche Welle:

"Die Bundesregierung beendet wieder das Teil-Embargo von Waffenlieferungen nach Israel. Die Ausfuhrbeschränkungen werden aufgehoben." (17.11.2025) Dabei war die im August erfolgte vorläufige Aussetzung von Genehmigungen für Waffenlieferungen schon eine Mogelpackung zur Beruhigung öffentlicher Empörung.

Israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem, 10.11.2025:

"Seit Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens am 10. Oktober 2025 hat Israel über 241 Palästinenser*innen in Gaza getötet, darunter 117 Kinder. Über 600 Menschen wurden verletzt.

Israel behindert weiterhin die Einfuhr humanitärer Hilfe und hungert die Bevölkerung aus, indem es etwa 75 Prozent der Anträge auf Einfuhr von Hilfsgütern ablehnt. (...) Die meisten Menschen in Gaza sind obdachlos, hungern und haben keinen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, doch die Staats- und Regierungschefs der Welt sehen tatenlos zu, geben leere Erklärungen ab und ermöglichen so die Normalisierung dieser unerträglichen Realität.

Die internationale Gemeinschaft muss jetzt handeln."

Dezember 2025: 400 Tote und 1000 Verletzte seit dem „Waffenstillstand“. Hunderttausende hungern weiterhin, die gesundheitliche Versorgung ist katastrophal. Sie sind notdürftig in Zelten untergebracht und schutzlos den Überschwemmungen, den Stürmen und der beginnenden winterlichen Kälte ausgesetzt. (ochaopt.org)

Doch Kanzler Merz will weiter Waffen liefern an den Staat, der dafür die Verantwortung trägt.

Deutschland missachtet das Völkerrecht, denn dieses ist unmissverständlich: „Die Vertragsparteien bestätigen, dass Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.“ <https://www.voelkermordkonvention.de>

Deutschland missachtet UN-Resolutionen. Eine **UN-Resolution vom September 2024** fordert alle Staaten dringend auf:

Keine Unterstützung für die Aufrechterhaltung der israelischen Besatzung und deren Folgen! Das betrifft neben Waffenlieferungen auch alle Art wirtschaftlicher Beziehungen. Und die Resolution fordert Sanktionen. Davon ist Deutschland meilenweit entfernt.

<https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496>

Selbst die **dringend nötige Behandlung verletzter Kinder aus Gaza** in Deutschland, zu der sich mehrere Städte bereit erklärt hatten, wird von der Bundesregierung **abgelehnt**. ([Spiegel](#), 21.10.2025)

Avi Shlaim, ein britisch-israelischer Historiker:

"Konrad Adenauer sagte, Israel sei eine 'Festung des Westens' (...)

"Selbst unter den westlichen Nationen ist Deutschland mittlerweile ein Außenseiter, da es sich weigert, irgendetwas zu unternehmen - abgesehen von frommen Worten - um Israels brutalen Angriff auf die Bevölkerung des Gazastreifens zu beenden.

Es hat eine Erklärung von 9 westlichen Nationen, in der ein sofortiges Ende des Krieges im Gazastreifen gefordert wird, nicht unterzeichnet.

Innerhalb der Europäischen Union widersetzt sich Deutschland weiterhin den zunehmenden Forderungen, das Assoziierungsabkommen mit Israel auszusetzen (...)

Und in einem weiteren Beispiel der Heuchelei befürwortet Deutschland weiterhin eine Zweistaatenlösung (...), während es nur einen Staat anerkennt - Israel.

Die deutsche Regierung (beharrt) auf ihrer unkritischen Unterstützung Israels und ihrer Unwilligkeit, sich mit den gut dokumentierten Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk im Allgemeinen und gegen die Palästinenser des Gazastreifens im Besonderen auseinanderzusetzen.

Zwar waren die Juden einst Opfer Nazi-Deutschlands. In der heutigen Welt sind es jedoch die Palästinenser die "Opfer der Opfer " (Edward Said)... Es ist Zeit für eine offene und ehrliche Debatte über Deutschlands Rolle in Vergangenheit und Gegenwart...."

<https://globalbridge.ch/avi-shlaim-genozid-in-gaza/>

Palästinensische Gewerkschaften:

„Wir rufen auf:

- Sich zu weigern, für Israel bestimmte Waffen zu bauen und Waffen nach Israel zu transportieren.
- Gegen mitschuldige Unternehmen vorzugehen, die an der Umsetzung der brutalen und illegalen Belagerung Israels beteiligt sind,
- Druck auf die Regierungen ausüben, um den gesamten Militärhandel mit Israel und im Falle der USA die Finanzierung des Landes zu stoppen. (...)

Wir fordern Sie auf, Ihre Stimme zu erheben.“

Edward Said, ein palästinensischer Autor, schrieb :

„Was den Juden Europas (besonders durch deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste.

(...) Ich möchte meine deutschen Leser auffordern, die notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen.

Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.“ (Edward Said, das Ende des Friedensprozesses, Oslo und danach 2003, Berlin Verlag, S. 29)

Fünf Forderungen an die Bundesregierung:

1. Tatsächlich und ab sofort keine Lieferung von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel.
 2. Sich öffentlich und mit Nachdruck für einen sofortigen echten Waffenstillstand und die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade einsetzen; ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einfordern und Stärkung der UN-Organisationen, die als einzige die effektive Verteilung der Hilfsgüter sicher stellen können.
 3. Zustimmung Deutschlands in der EU zur Überprüfung und Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel.
 4. Keine militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel. Einhaltung der deutschen Verpflichtungen nach den Beschlüssen des Internationalen Gerichtshofs und der UNO.
 5. Die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel ist zu beenden.
- „Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson!“ Das ist die Überschrift eines offenen Briefs von vielen Organisationen an CDU/CSU und SPD.

Initiative "Straßenaktion in Hamburg für Palästina"

Kontakt: hh-pal-strassenaktion@posteo.de